

Keine Kompromisse beim Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Darrel Moellendorf

Am 4. April 1967 hielt Martin Luther King Jr. in der Riverside Church in New York City eine bedeutsame Ansprache vor einer Friedensgruppe namens Clergy and Laity Concerned.¹ King hatte 1964 den Friedensnobelpreis in Anerkennung seiner Führungsrolle in der Bürgerrechtsbewegung erhalten. Bereits vor der Verabschiedung des *Civil Rights Act* (1964) und des *Voting Rights Act* (1965) – zweier wichtiger Reformprojekte des demokratischen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson – hatte King den Wert eines Verbündeten im Weißen Haus genauso erkannt wie umgekehrt Präsident Johnson die Bedeutung der Unterstützung des führenden Vertreters der Bürgerrechtsbewegung für sich erkannt hatte. Beide hatten darin eine Basis für einen Kompromiss gefunden. Dabei war es keineswegs so, dass King den Krieg in Vietnam nie kritisiert hätte, aber vor der Rede in der Riverside Church brachte er weder den Krieg mit dem Rassismus in Amerika in Verbindung, noch kritisierte er explizit Johnsons Kriegspolitik.

In seiner Rede in der Riverside Church argumentierte King nun, dass die Vereinigten Staaten auf der falschen Seite der Geschichte stünden. »The war in Vietnam is but a symptom of a far deeper malady with the American spirit, and if we ignore this sobering reality we will find ourselves organizing clergy- and laymen-concerned about Guatemala and Peru. They will be concerned about Thailand and Cambodia. They will be concerned about Mozambique and South Africa.«² Kolonisierte und

1 Ich danke Ella Gierß für hilfreiche Kommentare zu einer früheren Fassung dieses Essays.

2 Martin Luther King, Jr.: »Time to Break the Silence«, in: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.*, San Francisco: Harper Colling 1991, S. 240.

ehemals kolonisierte Völker machten ihr Recht auf Unabhängigkeit geltend, und King sah in der Position der USA in Vietnam ein Zeichen dafür, dass Amerika die Gerechtigkeit ihrer Anliegen nicht anerkennt. Er war zu dem Schluss gekommen, dass dieses Gerechtigkeitsanliegen weitaus wichtiger sei als mit Johnson einen Kompromiss einzugehen. Für King ging es im antikolonialen Kampf um ein Jetzt-oder-Nie.

In seinem Buch *Compromise and Rotten Compromise* unterscheidet Avishai Margalit zwischen zwei Vorstellungen von Politik: einer ökonomischen, bei der grundsätzlich jede Position aufgegeben werden kann, wenn dadurch genug gewonnen werden kann, und einer religiösen, bei der einige Dinge nicht verhandelbar sind, komme, was wolle.³ Der Unterschied zwischen beiden ist Lesern von Kant vertraut, der zwischen Preis und Würde unterschied. Die religiöse Sicht auf die Politik räumt der Würde zumindest in manchen Angelegenheiten einen wichtigen Platz ein. Aus ökonomischer Sicht hat grundsätzlich jede Position ihren Verkaufspreis, auch wenn dieser sehr hoch ist. Margalits zwei Vorstellungen der Politik zeichnen in diesem Sinne die konsequentialistisch-deontologische Kluft in der Moraltheorie nach.

King rechtfertigte seine Position in dieser Frage in der folgenden, zwischenzeitlich berühmt gewordenen Form: »We are faced with the fact that tomorrow is today. We are confronted with the fierce urgency of now. In this unfolding conundrum of life and history there is such a thing as being too late. Procrastination is still the thief of time. Life often leaves us standing bare, naked, and dejected with a lost opportunity. The »tide in the affairs of men« does not remain at the flood; it ebbs. We may cry out desperately for time to pause in her passage, but time is deaf to every plea and rushes on. Over the bleached bones and jumbled residue of numerous civilizations are written the pathetic words: »Too late.«⁴

Ein Appell an die Dringlichkeit birgt die Gefahr des Anscheins von Fanatismus. Es wird Kritiker geben, die einen Vorteil darin sehen, eine solche Anklage zu erheben. Kings Beschwörung der »heftigen Dringlichkeit des Jetzt« scheint Kierkegaards Beschreibung des Moments der Versöhnung als etwas zu widerspiegeln, das »entscheidende Bedeutung«⁵

3 Avishai Margalit: *On Compromise and Rotten Compromise*, Princeton: Princeton University Press 2010, S. 24–26.

4 M. L. King, Jr.: *Silence*, S. 243.

5 Søren Kierkegaard: *Philosophical Fragments*, Princeton: Princeton University Press 1974, S. 37; meine Übersetzung.

hat. Das Angebot der Gnade, so dachte Kierkegaard, stellt uns vor »die wichtigste und schrecklichste Entscheidung«. ⁶ Für Kierkegaard steht im entscheidenden Moment nichts Geringeres auf dem Spiel als die Seele des Einzelnen im Blick auf die Ewigkeit. ⁷ Im Gegensatz dazu hat King ein weltliches Anliegen, Amerikas historisches Erbe und damit seine politische Seele standen auf dem Spiel. Manche mögen in Kierkegaard einen religiösen Fanatismus sehen, Kings Beschwörung der Dringlichkeit hingegen entspringt einem nüchternen Urteil über den Verlauf der Weltgeschichte und die Anforderungen der Moral.

Im Blick auf das Klima sagen uns Klimaforscher, dass wir heute mit einer anderen Art von Dringlichkeit konfrontiert sind. Im Sechsten Sachstandsbericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* aus den Jahren 2021 und 2022 – im Folgenden AR6 – kann man lesen, dass dieses Jahrzehnt das letzte sein wird, in dem wir die Chance haben, Maßnahmen zu ergreifen, um die Erwärmung auf 1,5 °C oder 2 °C zu begrenzen. »Global modelled mitigation pathways that limit warming to 1.5°C (>50 %) with no or limited overshoot or limit warming to 2°C (>67 %) assuming immediate action imply deep global GHG emissions reductions this decade.« ⁸ Diesem Gremium, das für die Untersuchung, Sammlung und Zusammenfassung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel zuständig ist, Fanatismus vorzuwerfen, wie es manche Klimawandelleugner tun, strapaziert die Glaubwürdigkeit. Zutreffend ist vielmehr, dass es die fanatische Klimawandelleugnerin ist, die die zwingenden Beweise ignoriert, die gegen ihre Sicht der Dinge sprechen. Gewiss, es mag unterschiedliche Bewertungen dieses Berichts geben, aber Zweifel an den grundlegenden Befunden zu formulieren sollte als Beleg für Fanatismus gelten.

So wie King dachte, dass es überhaupt keine Frage sein könne, wann man auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen habe, und Kierkegaard meinte, dass es überhaupt keine Frage sein könne, wann man Gottes Gnade annehmen sollte, so hat das IPCC erklärt, dass es keine Frage sein kann, wann eine tiefgreifende Dekarbonisierung greifen muss: Wir müssen die Mittel finden, um die gesamte Weltwirtschaft zu elektrifizieren, weitaus mehr Strom vollständig durch erneuerbare Energien zu

6 Ebd., S. 42.

7 Ebd., S. 72.

8 IPCC: »Summary for Policy Makers«, in: H. Lee und J. Romero (Hg.), *Climate Change 2023. Synthesis Report*, Genf: IPCC 2023, S. 11.

erzeugen, den Verbrennungsmotor abzuschaffen, Gasheizungen in jeder Wohnung zu ersetzen, Stahl ohne Kohleöfen herzustellen, Öfen zu bauen, um Seefrachter und Flugzeuge ohne Diesel anzutreiben und so weiter. Und die einzige nicht fanatische Antwort auf die Frage, wann das alles geschehen sollte, ist »in diesem Jahrzehnt«.

Das IPCC kommt zu dem Schluss, dass es zwar Fortschritte gibt, diese aber viel zu langsam seien. Ein Blick auf die Zusagen der Länder im Jahr 2021, ihre Emissionen zu reduzieren, zeige, dass es wahrscheinlich ist »that warming will exceed 1.5°C during the 21st century and make it harder to limit warming below 2°C.«⁹ Im historischen Pariser Abkommen von 2015 einigten sich die Länder der Welt auf eine Bestandsaufnahme, um die Fortschritte bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen weltweit zu überwachen. Diese soll alle fünf Jahre erfolgen, wobei es Ziel ist, die Transparenz zu fördern und den Ehrgeiz zu steigern. Die UN-Klimakonvention hat die erste Bestandsaufnahme gerade abgeschlossen. Darin stellt sie fest, dass die Welt hinter dem Zeitplan zurückbleibt: »Global emissions are not in line with modelled global mitigation pathways consistent with the temperature goal of the Paris Agreement, and there is a rapidly narrowing window to raise ambition and implement existing commitments in order to limit warming to 1.5 °C above pre-industrial levels.«¹⁰ Eine angesehene private Forschungseinrichtung, Climate Action Tracker, behauptet, dass kein einziges Land der Welt auf dem richtigen Weg ist, das Notwendige zu tun, um die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.¹¹ Lediglich neun Staaten sind nahe an dieser Schwelle: Bhutan, Costa Rica, Äthiopien, Kenia, Marokko, Nepal, Nigeria, Norwegen und Gambia.

Es steht enorm viel auf dem Spiel, vor allem, so wie immer, für die Armen und Verwundbaren, über die Adorno einmal sagte: »Am ärgsten ergeht es wie überall denen, die nicht zu wählen haben. Sie wohnen wenn nicht in Slums so in Bungalows, die morgen schon Laubenhütten, Trailers, Autos oder Camps, Bleiben unter freiem Himmel sein mögen.«¹² Wie um Adorno zu bestätigen, stellt der AR6 fest: »Approximately 3.3 to 3.6 billion people live in contexts that are highly vulnerable

9 Ebd., S. 10.

10 <https://unfccc.int/documents/631600> vom 08.09.2023.

11 <https://climateactiontracker.org/countries/>

12 Theodor W. Adorno: *Minima Moralia. Reflexionen aus einem beschädigten Leben*, Frankfurt: Suhrkamp 1951, S. 56–57.

to climate change. Human and ecosystem vulnerability are interdependent. Regions and people with considerable development constraints have high vulnerability to climatic hazards. Increasing weather and climate extreme events have exposed millions of people to acute food insecurity and reduced water security, with the largest adverse impacts observed in many locations and/or communities in Africa, Asia, Central and South America, LDCs, Small Islands and the Arctic, and globally for Indigenous Peoples, small-scale food producers and low-income households.«¹³

Das Ausmaß der Risiken hängt nicht nur von der Geografie, dem Einkommen und dem Vermögen ab, sondern auch vom Alter. Ein Bericht, der die Gefährdung durch Klimarisiken nach Altersgruppen untersucht, kommt zu dem Schluss, dass »newborns in 2020 are projected to experience 2–7 times more extreme events globally under current climate pledges than someone born in 1960 [...]. Limiting warming to 1.5 consistently reduces that burden while still leaving younger generations with unavoidable impacts that are unmatched by those experienced by older generations«.¹⁴

Es gibt also allen Grund zur Annahme, dass im Hinblick auf den Klimawandel umfassende politische Maßnahmen zur Umgestaltung der Energiebasis der Weltwirtschaft äußerst dringlich sind, dass sich das Zeitfenster für lebensrettende Maßnahmen schließt und die Folgen versäumten schnellen Handelns verheerend sein würden. Der jetzige Moment ist daher, gesellschaftlich und politisch, wenn nicht theologisch gesehen, von entscheidender Bedeutung. Mehr noch, die Notwendigkeit eines solchen Wandels ist seit langem bekannt. Auf YouTube kann man ein Video finden, in dem der Naturwissenschaftler Carl Sagan bereits 1985 vor dem US-Kongress erklärte, dass das vorhersehbare Ergebnis eines ungebremsen Klimawandels der wahrscheinliche Verlust des westantarktischen Eisschildes sein würde.¹⁵ Jahrzehntelange Untätigkeit politischer Führungen auf der ganzen Welt – viele von ihnen mit einem demokratischen Mandat – haben diesen Moment herbeigeführt.

Anstatt sich in den letzten vierzig Jahren für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern einzusetzen, haben Demokratien auf der ganzen

13 IPCC: Summary, S. 5.

14 Wim Thierry et al.: »Intergenerational Inequities in Exposure to Climate Extremes«, in: *Science* 374, 6564 (2021), S. 158–160.

15 <https://www.youtube.com/watch?v=Wp-WiNXH6hI> vom 19.08.2021.

Welt die Förderung solcher fossilen Brennstoffe konsequent subventioniert. Der IWF schätzt, dass sich die Subventionen für fossile Brennstoffe im Jahr 2022 weltweit auf 7 Billionen US-Dollar oder 7,1 Prozent des globalen BIP beliefen.¹⁶ Erstaunlicherweise sind das fast 50 Prozent mehr als die Subventionen im Jahr 2015. Für solche Ausgaben gibt es natürlich plausible Begründungen: Steigende Kraftstoffpreise gefährden die Armen in vielen Ländern durch Energiearmut; Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in der fossilen Brennstoffindustrie haben die Beschäftigungsgewinne durch Subventionen verteidigt. Doch diese Rechtfertigungen machen nur vor dem Hintergrund Sinn, dass es jahrzehntelang nicht gelungen ist, den Übergang zu erneuerbaren Energien herbeizuführen, von dem seit langem allgemein bekannt war, dass er notwendig ist. Wenn dieser Übergang bereits stattgefunden hätte, hätte die aus Sonne und Wind erzeugte Energie subventioniert werden können, um den Konsum der Armen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern – mit anderen Worten: ein langsamer Ausstieg aus fossilen Brennstoffen kann keine überzeugende Rechtfertigung dafür liefern, auf diesem Weg zu bleiben.

Eine Tendenz zur plutokratischen Verzerrung demokratischer Politik erklärt das bisherige langsame Tempo der begrenzten Klimaschutzmaßnahmen. Hierbei handelt es sich um eine Verzerrung des Ideals der politischen Gleichheit, die sowohl auf die Anfälligkeit der öffentlichen Entscheidungsfähigkeit gegenüber dem Einfluss privater Gelder als auch auf bewusste, wenn auch nicht unbedingt koordinierte Versuche privater Interessen zurückzuführen ist, diese Anfälligkeit auszunutzen.

Die enorme Summe, die die fossile Energiewirtschaft ausgegeben hat, um Einfluss auf gewählte politische Führer zu erkaufen, erhärtet die These der plutokratischen Verzerrung. Die Vereinigten Staaten sind dafür ein hervorragendes Beispiel. Nach Angaben des IWF beliefen sich die gesamten Subventionen für fossile Brennstoffe in den USA im Jahr 2022 auf 757 Milliarden US-Dollar – 3,2 Prozent des BIP. Dieser enormen Summe liegt ein breites Verständnis von Subventionen zugrunde, das zusätzlich zu den Steuerausgaben auch die nicht erfassten Umweltkosten der Verbrennung fossiler Brennstoffe einschließt. Aber selbst die Anwendung eines engeren Subventionsmaßstabs, der nur staatliche Steu-

16 <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2023/08/22/IMF-Fossil-Fuel-Subsidies-Data-2023-Update-537281> vom 24.08.2023.

erausgaben umfasst, summiert sich für die USA für 2022 immer noch auf 3 Milliarden US-Dollar an Subventionen für die fossile Energiewirtschaft.¹⁷ Um es deutlich zu formulieren: Diese geringere Summe ist jener Betrag öffentlicher Gelder, der auf Steuereinnahmen basiert und auf unterschiedlichen Wegen der fossilen Energiewirtschaft geschenkt wurde.

Subventionen unterstützten die Bilanzen der fossilen Brennstoffindustrie, sicherten Arbeitsplätze für Arbeitnehmer dieser Branche, sorgten für eine gewisse Dämpfung der Energiepreise und förderten die Unwirtschaftlichkeit alternativer Energieformen. Solche Ausgaben haben im Laufe der Jahre dazu beigetragen, die dramatische Lage der Gegenwart herbeizuführen. Aber auch wenn die fundamentale soziale Unverantwortlichkeit solcher Subventionen offensichtlich geworden ist, blieb oft verborgen, dass die Subventionen in Höhe von 3 Milliarden US-Dollar finanziell gesehen lediglich eine verlässliche Kapitalrendite darstellten. Die investigative NGO *Open Secrets* schätzt, dass die fossile Brennstoffindustrie im Jahr 2022 124,4 Millionen US-Dollar für Lobbyarbeit auf Bundesebene ausgegeben hat – geradezu *peanuts* im Vergleich zu den 3 Milliarden Dollar, die man eingesteckt hat. Laut *Open Secrets* gaben allein *Koch Industries*, das zweitgrößte Privatunternehmen des Landes, etwa 11,3 Millionen US-Dollar aus, mehr als jedes andere Öl- und Gasunternehmen. Ein halbes Dutzend weiterer fossiler Energiekonzerne – darunter *Occidental Petroleum*, *ConocoPhillips*, *Exxon Mobil* und *Chevron* – gaben weitere 44,3 Millionen US-Dollar für Lobbyarbeit aus.¹⁸

Eine Bestätigung dieser plutokratischen Verzerrung demokratischer Herrschaft findet sich auch im wichtigsten Forum internationaler Diskussionen zum Klimawandel. Die Zeitung *The Guardian* berichtete, dass auf der COP 27 (der 27. Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Klimarahmenkonvention) im November 2022 im ägyptischen Sharm el-Sheikh die Zahl der Lobbyisten für fossile Brennstoffe im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent gestiegen sei. Die gesamte Delegation umfasste 636 Lobbyisten – mehr als alle Delegationen afrikanischer Länder zusammengenommen. Bei der jüngst beendeten COP 28 in den Vereinigten Arabischen Emiraten stand den Branchenlobbyisten die Tür

17 Ebd., S. 27.

18 <https://www.opensecrets.org/news/2023/02/oil-and-gas-industry-spent-124-4-million-on-federal-lobbying-amid-record-profits-in-2022/vom-22.02.2023>.

noch weiter offen: Die Gastgeber der COP 28, die Vereinigten Arabischen Emirate, benannten Sultan Al Jaber, den Vorstandsvorsitzenden des nationalen Ölkonzerns Adnoc, zum Präsidenten der Konferenz. Investigative Recherchen ergaben, dass Al Jaber geplant hatte, Nebengeschäfte mit fünfzehn Ländern zu organisieren, um Adnoc Zugang zu deren Öl- und Gasreserven zu verschaffen. In einem Bericht einer Aktivistengruppe auf der Konferenz hieß es, dass mehr als 2.400 Lobbyisten der fossilen Energiewirtschaft an der COP 28 teilgenommen hätten, eine rekordverdächtige Zahl.

Um zusammenzufassen: Seit Jahrzehnten ist allgemein bekannt, dass fossile Brennstoffe den Planeten erwärmen und dass eine solche Erwärmung massive und schädliche Folgen haben könnte. Trotz dieser offenkundigen Evidenz haben die großen Demokratien der Welt keinerlei Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Emissionen ergriffen. Im Gegenteil, sie haben Steuergelder verwendet, um die fossile Energiewirtschaft zu subventionieren. Die plausible Erklärung für diese Entwicklung basiert auf den materiellen Interessen der fossilen Energiewirtschaft und den Erfolgen ihrer Lobbyarbeit. All dies hat der Welt jenen Moment der Wahrheit beschert, vor dem wir heute stehen: noch innerhalb dieses Jahrzehnts müssen Maßnahmen ergriffen werden, um fossile Brennstoffe vollständig aus dem Verkehr zu ziehen, andernfalls müssen wir in den kommenden Jahrzehnten mit massivem menschlichem Leid und ökologischer Zerstörung rechnen.

Viele Bürger heutiger Demokratien sind sich dieser Umstände weitestgehend bewusst, wenn auch vielleicht nicht in allen Einzelheiten, die oben diskutiert wurden. Die Reaktionen, die die Menschen darauf haben, fallen unterschiedlich aus: Viele haben Angst vor einer drohenden Katastrophe. Sie stimmen für Politikerinnen und Politiker, die versprechen, den Eintritt einer solchen Katastrophe zu verhindern, sie kaufen kraftstoffeffizientere Autos oder Fleisch aus artgerechter Haltung, sie fahren häufiger mit der Bahn fahren und versuchen, mit Arbeit, Studium, Familie und ganz allgemein der Freude am Leben weiterzumachen, ohne dass die Angst vor der Zukunft Panikniveau erreicht. Obwohl sie besorgt sind, versuchen viele Menschen mit dieser Lage umzugehen so gut sie können. Das ist nachvollziehbar, weil schwer zu erkennen ist, was man sonst tun könnte.

Andere aber sind zutiefst besorgt. Obwohl sie nicht alle jung sind, gehören viele junge Menschen zu diesen Verängstigten. Dabei handelt es sich nicht unbedingt um eine homogene Gruppe. Viele von uns sind hin

und hergerissen zwischen den Antworten, die die zutiefst Besorgten geben und jenen, die versuchen so gut es eben geht zurechtzukommen. Die Besorgten sind sich sowohl der allgemeinen Tatsachen des Problems bewusst als auch des krassen Missverhältnisses zwischen der Dringlichkeit des Problems und der Geschwindigkeit, mit der Regierungen reagieren. Und sie sind sich bewusst, dass Länder mit hohem Einkommen nicht in der angemessenen Geschwindigkeit handeln, nicht einmal diejenigen, die von Parteien regiert oder mitregiert werden, die sich offiziell der Lösung des Problems verschrieben haben. Auch hier wird der Einfluss der fossilen Brennstoffindustrie immer stärker bemerkbar.

So wie King in Vietnam erkannte, dass die USA auf der falschen Seite der Weltgeschichte standen, beklagen zunehmend viele der Besorgten, dass uns die bestehenden industriellen, landwirtschaftlichen und kommerziellen Praktiken auf der falschen Seite der Erdgeschichte platzieren. Die Klimakrise ist hier nur ein Vorbote weiterer Umweltkrisen, einschließlich eines weiteren, sechsten Massensterbens im ausgehenden geologischen Zeitalter des Holozäns. Planetare Grenzen könnten in diesem Prozess überschritten werden und die Stabilität des Erdsystems, die die Entstehung menschlicher Zivilisationen erst ermöglichte, könnte mit ungewisser, aber höchstwahrscheinlich katastrophalen Auswirkungen zerstört werden.

Die von Jugendlichen angeführten Proteste gegen diese zerstörerischen Entwicklungen, seien es Massendemonstrationen oder kleinere Akte zivilen Ungehorsams, sind Ausdruck dieser Angst: jahrzehntelange Untätigkeit gegen den Klimawandel; ein immer kürzerer Zeitrahmen zur Ergreifung überlebenssichernder Maßnahmen; ein zunehmendes Bewusstsein dafür, dass demokratische Verfahren durch Gelder der fossilen Energielobby unterminiert werden und die Sorge, dass die Klimakrise nur eine von mehreren Umweltkrisen ist, die die Armen und die Ungeborenen unverhältnismäßig übermäßig treffen werden und Institutionen enorm belasten, die unsere beste Annäherung an die Realisierung gerechter Verhältnisse darstellen und die den internationalen Frieden bedrohen, die Sicherheit beeinträchtigen, die Artenvielfalt erheblich verringern und Naturwunder zerstören.

Gewiss, man kann und sollte darüber diskutieren, welche Taktiken dem strategischen Ziel einer zügigen Dekarbonisierung am besten dienen, aber die Kritik, die junge Menschen mit Terroristen vergleicht, wie sie in den deutschen Medien hier und da vorkommt oder die Polizeirazzien und die physische Gewalt, die Aktivistinnen erlitten haben, sind ab-

solut beschämend und stehen in keiner Weise im Einklang mit einem demokratischen Ethos, in dem divergierende Meinungen oder Dissens innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen respektiert werden. Vielmehr kommt ein solcher Aktivismus dem Versuch gleich, die eine plutokratisch unterminierte Politik zu korrigieren.

Darüber hinaus kann es, wie bei Kings kompromissloser Haltung gegenüber dem Vietnamkrieg, keine Kompromisse beim Ziel eines raschen Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen geben. Die Bemühungen, auf der COP28 eine Abschlusserklärung zu verfassen, die solche Formulierungen enthielt, scheiterten an den Saudis und anderen Ölstaaten. Stattdessen führte die Einigung zu leisetreterischen Kompromissformeln von »beschleunigten Bemühungen zum Ausstieg aus der Kohleverstromung« und von »Maßnahmen, die den Übergang von fossilen Brennstoffen in den Energiesystemen vorantreiben«.¹⁹ Angesichts der dringlichen Notwendigkeit, nahezu den gesamten CO₂-Ausstoß zu stoppen, einigten sich die Vertragsstaaten (unter der Beobachtung der Vertreter der fossilen Energieunternehmen) lediglich darauf, die Verbrennung von Kohle, die Treibhausgase in die Atmosphäre bläst, zu verringern und allein im Energiesektor die Nutzung fossiler Brennstoffe zu reduzieren. In den Worten Margalits: Der wirtschaftliche Ansatz gegenüber politischen Prinzipien scheint sich dort durchgesetzt zu haben, wo eigentlich ein religiöser Ansatz gefordert war.

Die Störungen, die die Befürworter radikaler Maßnahmen herbeiführen, sind auf ihr Misstrauen gegenüber politischen Führungen und Diplomaten zurückzuführen, Klimaschutzmaßnahmen mit der nötigen Geschwindigkeit und Überzeugung umzusetzen. Und die zutiefst Besorgten, so habe ich argumentiert, müssen nicht lange nach Beweisen suchen, die ihre Haltung stützen. In ihrem Aktivismus verbirgt sich die Hoffnung auf mehr Klimaschutz. Martin Luther King Jr. betonte einmal die kreative Bedeutung einer solchen »Fehl Anpassung« an bestehende soziale Umstände:

»[T]here are some things in our social system to which I am proud to be maladjusted and to which I suggest that you too ought to be maladjusted. I never intend to adjust myself to the viciousness of mob rule. I never intend to adjust myself to the evils of segregation and

19 <https://unfccc.int/news/cop28-agreement-signals-beginning-of-the-end-of-the-fossil-fuel-era> vom 13.12.2023.

the crippling effects of discrimination. I never intend to adjust myself to the tragic inequalities of an economic system which takes necessities from the masses to give luxuries to the classes. I never intend to become adjusted to the madness of militarism and the self-defeating method of physical violence. I call upon you to be maladjusted. Well you see, it may be that the salvation of the world lies in the hands of the maladjusted.«²⁰

Natürlich ist Fehlanpassung kein Pessimismus. Die Besorgnis über das Tempo der Klimaschutzmaßnahmen muss nicht die Hoffnung verdrängen, dass noch viel getan werden kann. Wie King so oft betonte, kann Hoffnung den Unangepassten Orientierung geben. Die Politik der Demonstration und des zivilen Ungehorsams ist oft eine hoffnungsvolle Antwort auf die Ängste, die durch die völlig unzureichenden Reaktionen politischer Führer und Diplomaten auf die Klimakrise entstehen. Und wo die Hoffnung greift, folgt die politische Arbeit, strategische Antworten für das erhoffte Ziel zu entwickeln. Ernst Bloch erinnert uns daran: »Die Arbeit gegen die Lebensangst und die Umtriebe der Furcht ist die gegen ihre Urheber, ihre großenteils sehr aufzeigbaren, und sie sucht in der Welt selber, was der Welt hilft; es ist findbar.«²¹

20 Martin Luther King, Jr.: »A Look to the Future«, in: Clayborne Carson (Hg.), The Papers of Martin Luther King, Jr. Vierter Band, Berkeley: University of California Press 2000, S. 276.

21 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Erster Band, Frankfurt: Suhrkamp 1976, S. 1.

